

Herber Dämpfer
Uber und Airbnb
geraten ausgerechnet
vor ihrem Börsengang
in die Defensive. 8

Grosses Kino
Das Stadttheater reist
zur Saisonöffnung
mit viel Witz durch die
Geschichte der USA. 23

Schamlose Eiferer
Klimaforscher Reto
Knutti gehört zu einer
Gilde, die zunehmend
missbraucht wird. 25



Boris Becker
Federer, Djokovic oder
Nadal? Der Deutsche
sagt, wer am US Open die
besten Chancen hat. 11

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Montag, 3. September 2018 — 169. Jahrgang, Nr. 204 — Fr. 4.20 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Verletzte nach Gewalteskalation auf Schützenmatte

Stadt Bern Auf Berns Schützenmatte ist es am Samstagabend und in der Nacht auf Sonntag trotz zahlreicher friedlicher Besucher zu Auseinandersetzungen gekommen. Die Polizei lieferte sich ein mehrstündiges Gefecht mit Vermummten, die zuvor die Sicherheitskräfte mit Flaschen und gemäss Polizei mit Eisenstangen beworfen hatten. Die Polizei setzte Gummischrot und Reizgas ein. Es gab mehrere Verletzte. Berns Sicherheitsdirektor Reto Nause spricht von einem «gezielten Angriff» von Chaoten, die Reitschule wirft der Polizei eine «geplante Eskalation» vor.

Auf der Schützenmatte finden derzeit im Rahmen des Neustadtlatz Veranstaltungen statt. Die Belegung des Platzes hat zum Ziel, Auseinandersetzungen zu verhindern. Warum die Situation nun trotzdem eskalierte, ist unklar. (mob) **Seite 17**

Heute im «Bund»

Nutzlose Prestigestelle

Bundesanwaltschaft Kriegsverbrecher sollten in der Schweiz nie mehr ruhig schlafen. Aber die geschaffene Abteilung hat noch keinen einzigen Erfolg vorzuweisen. **Bericht und Kommentar Seite 2**

YB lässt die Konkurrenz stehen

Fussball 6 Spiele, 6 Siege: Die Young Boys sind weiterhin makellos und haben bereits doppelt so viele Punkte geholt wie der taumelnde FC Basel. **Seite 14**

Service

Leserbriefe	6/19	Berner Kultur	23
Wetter	19	Todesanzeigen	26
Kinoprogramm	22	TV/Radio	27

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax: 031 385 11 12, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax: 031 330 36 86

Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax: 031 330 35 71, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif), Mail: abo@derbund.ch



Kanton will seine starke Abhängigkeit verringern

Informatik Nach heftiger Kritik setzt der Regierungsrat auf freie Software. Gelingt ihm das Vorhaben, übernimmt er in der Schweiz gar eine Pionierrolle.

Christian Zellweger und **Simon Preisig**

Für rund 40 Millionen Franken pro Jahr hat der Kanton Bern in den letzten zehn Jahren Software-Firmen mit Aufträgen bedacht – ohne Konkurrenzofferten einzuholen. Dies geht aus einer erstmaligen Zusammenstellung der Daten auf der Plattform Simap.ch hervor, auf der die Verwaltung publizieren muss, welche Aufträge sie der Privatwirtschaft vergibt.

Solche freihändigen Vergaben führen oft dazu, dass der Preis für die Leistung höher ausfällt. Jedoch liessen sich viele dieser «Freihänder» kaum vermeiden, wie die Daten zeigen: Es sind oftmals

Wartungsaufgaben an Software-Lösungen, die für den Betrieb der Kantonsverwaltung kritisch sind. Diese Programme sind so umfassend, dass nur der ursprüngliche Entwickler die Wartung übernehmen kann.

Ver mehrt öffentlich und gratis

Nachdem die bernische Regierung bereits 2014 scharfe Kritik an ihrer Informatik-Strategie einstecken musste, versucht der Kanton nun, die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern zu verringern. Dabei übernimmt Bern mit einem Bekenntnis zu Open Source eine schweizerweitige Pionierrolle: Der Quelltext der vom Kanton genutzten Programme soll

künftig vermehrt öffentlich und gratis zugänglich sein. Bern ist der erste Kanton, der für dieses Vorgehen eine gesetzliche Grundlage geschaffen hat.

Setzen sich mehr Entwickler mit einem Programm auseinander, ist dies vorteilhaft für die Sicherheit. Und: Ist der Quellcode eines Programmes nicht geistiges Eigentum einer einzelnen Firma, wird es massiv einfacher sein, dass ein anderer Anbieter das Programm weiterentwickeln kann. Der Kanton hofft so, bei Informatik-Vergaben die Konkurrenz unter den Anbietern zu stärken – und bei der Software-Beschaffung dadurch künftig Geld zu sparen. **Seite 15**

Kommentar

Bleibt das Desinteresse, drohen neue Probleme

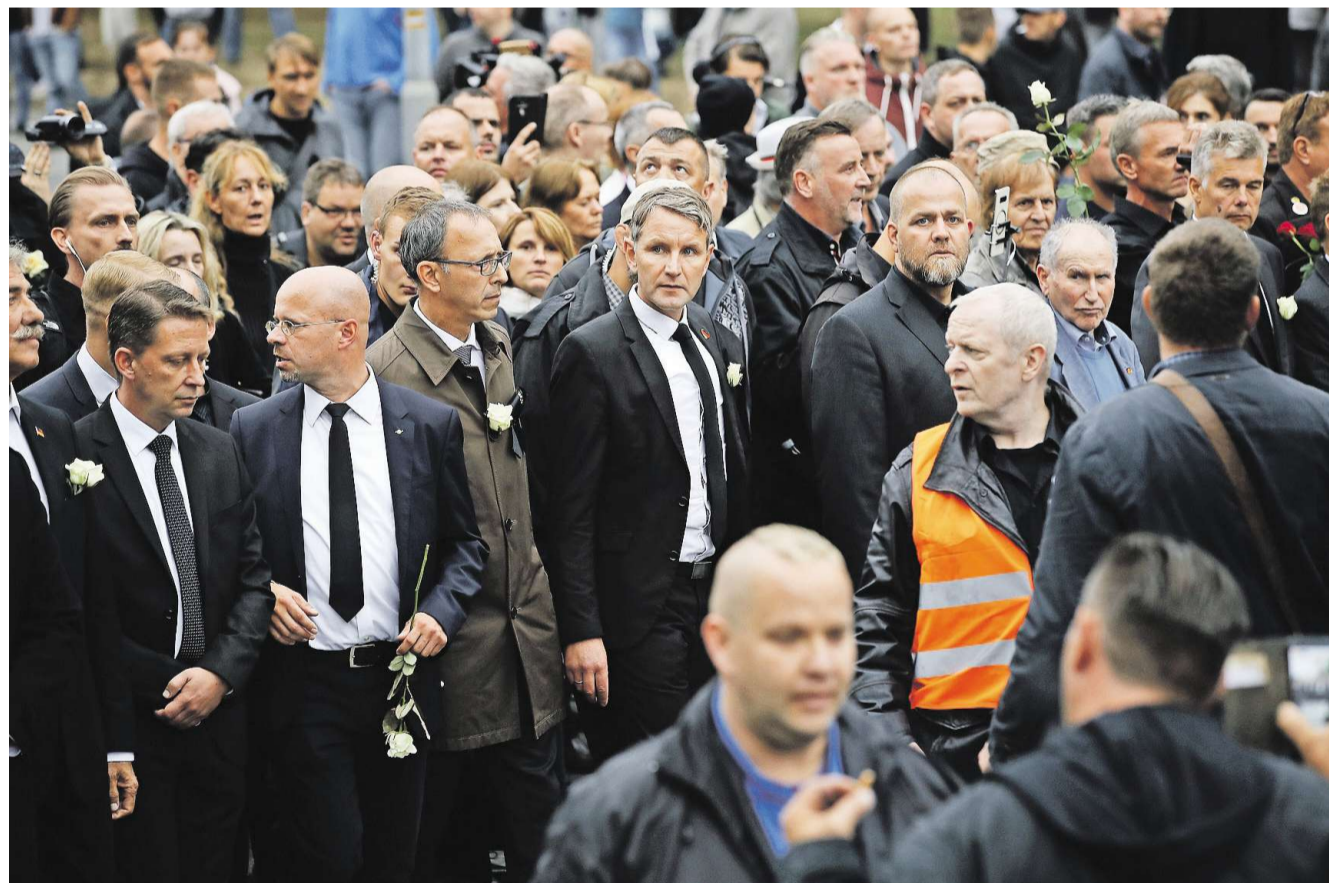
Informatikaufträge im Umfang von mehr als 400 Millionen Franken hat der Kanton Bern freihändig vergeben. Freihändig bedeutet, ohne die Beschaffungen auszuschreiben. Auf den ersten Blick ist dies kaum zu fassen. Auf den zweiten Blick zeigt sich: Die Begründungen sind in den Einzelfällen plausibel, die «Bund»-Analyse förderte keine Skandale zu Tage. Wichtige Software, die nur schwer zu ersetzen ist, bedingt oft freihändige Vergaben: Man ist aus der Not heraus gezwungen, mit den bisherigen Anbietern zusammenzuarbeiten.

Der Kanton zahlt den Preis dafür, dass die Informatik einst ohne Strategie entwickelt wurde, wie ein externes Gutachten 2014 aufdeckte. Im Informatikamt scheint man heute aber mit einem Plan vorzugehen. Davon zeugt die neue Open-Source-Strategie, wonach der Quellcode einer kantonalen Software wenn möglich veröffentlicht wird. Da dadurch mehr Entwickler die Programme kennen, dürfte es gelingen, die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern zu reduzieren. Zudem schreibt Bern Informatikaufträge nun konsequent aus. Ein Zeichen dafür, dass sich der Staat darauf konzentriert, was er zwingend können muss: mit möglichst viel Know-how einkaufen.

Obwohl sich der Informatikeinkauf auf dem Weg der Besserung befindet, ist es zu früh, um wegzuschauen. Denn Software kostet nicht nur viel Steuergeld, Algorithmen bestimmen unser Leben derart stark, dass staatliche IT-Kompetenz unabdingbar ist. Und den Vorwurf, dass man sich zu wenig um die Informatik kümmert, den müssen sich im Kanton Bern fast alle anhören. Der Regierungsrat, der es bisher verpasste, für die kantonseigene Firma Bedag eine Organisationsform zu finden, mit der sich der Staat nicht ständig selber Millionenaufträge erteilt. Das Parlament, in dem zwar 24 Bauern, aber kein einziger Informatiker sitzt und das Softwarekredite mangels Fachwissen meist ohne Debatte genehmigt. Aber auch die Parteien und Verbände, die dringend mehr Informatiker für ihre Ämter und Vorstände rekrutieren sollten. Denn nur wenn öffentlich intensiv über Informatik diskutiert wird, lassen sich zu teure Beschaffungen konsequent verhindern.

Simon Preisig
Redaktor Ressort Bern

Erinnern solche Bilder an dunkle Zeiten?



Deutschland Eine Masse, die ihrer diffusen Angst vor dem Fremden mit gehässigen Parolen Ausdrück verleiht. Und mittendrin adrett gekleidete Politiker, die als Scharfmacher auftreten: Björn Höcke von der AfD in Chemnitz. Ist es Zeit, sich Sorgen zu machen? (dst) **Seiten 3 und 6** Foto: S. Gallup (Getty)

ANZEIGE

Renault **FAMILY DAYS**
6.–15. September



Profitieren Sie von **attraktiven Angeboten**.
Mehr Infos im beigelegten Renault Magazin
und auf **renault-familyDays.ch**

Bern

Eigennützige Software-Geschenke

Informatik Kanton und Stadt Bern stellen Software gratis als Open Source zur Verfügung und nehmen damit eine Pionierrolle ein. Der Staat wird so von einzelnen IT-Firmen unabhängiger – teilweise aber auch zum Konkurrenten.

Simon Preisig

Die Stadt Bern hat es kürzlich zum ersten Mal getan, der Kanton steht kurz davor: selber entwickelte Software unter einer Open-Source-Lizenz zu publizieren, also offen und für alle zugänglich. Will eine Gemeinde ein Gutscheinsystem für Kindertagesstätten einführen, kann sie neuerdings die Stadtberner Software namens Ki-Tax gratis herunterladen und den Programmcode anpassen.

Doch was hat die Verwaltung davon, Software zu publizieren? «Arbeiten am Code von Ki-Tax andere Programmierer weiter als die, die Ki-Tax ursprünglich entwickelten, dann wird das Programm in der Regel besser», sagt Matthias Stürmer, Leiter der Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit an der Universität Bern und EVP-Stadtrat. So benötige die andere Gemeinde eventuell weitere Funktionen, die dann auch die Stadt Bern nützen könne. Dank den zusätzlichen Entwicklern können aber gemäss Stürmer auch Sicherheitslücken schneller gefunden werden. Und: Weil verschiedene Firmen mit der Software vertraut sind, geraten die publizierenden Behörden weniger in Abhängigkeit von dem Unternehmen, das die erste Version der Ki-Tax-Software programmiert hat. Dies ist ein wichtiger Grund, wie die Analyse der freihändigen Ausschreibungen für IT-Aufträge der letzten 10 Jahre zeigt (siehe Text rechts).

1000 Programme kommen infrage

Das Potenzial ist riesig: Staatliche Programme, die sich allenfalls unter einer Open-Source-Lizenz publizieren lassen, gibt es über 1000. Zurzeit sei man daran, alle Applikationen systematisch zu erfassen, sagt Thomas Fischer, Leiter des Stabs des Amtes für Informatik und Organisation (Kaio), auf Anfrage. Das Amt von Fischer entwickelt nun einen standardisierten Service. Damit können die verschiedenen Ämter künftig entscheiden, ob sich eine Software für eine Publikation als Open-Source-Software eignet. Zudem soll eine eigene Online-Plattform geschaffen werden, wo sich die Entwickler über die von ihnen weiterentwickelten Open-Source-Programme austauschen können.

Mit diesem Vorgehen nimmt der Kanton Bern eine Pionierrolle ein. Er ist der erste Kanton, der gesetzliche Grundlagen geschaffen hat, die das Publizieren von Open-Source-Software legitimieren. «So gründlich wie der Kanton Bern ist diese Problematik bisher niemand angegangen», sagt auch Open-Source-Experte Stürmer. Als Premiere soll der «ÖREB-Kataster Smart-Auszug» publiziert werden. Ein Programm, das unter anderem dafür genutzt wird, um Bauzonen zu visualisieren. Damit würde der

Spezialfall Sozialhilfe-Software

Open Source bedeutet, dass der Quelltext der Programme öffentlich ist und gratis genutzt werden kann. Die weltweit wichtigste Open-Source-Applikation ist wohl das Betriebssystem Linux, bei dem die Linux Foundation die Weiterentwicklung koordiniert, die die grossen Firmen wie Google leisten. Ähnlich wäre auch die Weiterentwicklung der neuen Sozialhilfe-Software organisiert, über die die Stadt Bern am 23. September abstimmt. Eine Open-Source-Publikation ist bei dieser Applikation jedoch nicht sicher, obwohl der Programmcode dem Staat gehört. Die Verantwortlichen begründen dies damit, dass die entwickelnde Firma nicht habe versprechen müssen, nur Open-Source-Technologie einzusetzen. Dies wäre aber Voraussetzung, um die Software nach der Entwicklung zu veröffentlichen. (spr)

«So gründlich wie der Kanton Bern ist diese Problematik bisher niemand angegangen.»

Matthias Stürmer, Open-Source-Experte und EVP-Stadtrat

Kanton wohl auch der einen oder anderen Firma für Geo-Software das Geschäft vermiesen. So würde deren proprietäre Software, für die das Unternehmen bisher Geld verlangen konnte, überflüssig. Ein anderes Beispiel, wie der Staat künftig in der Software-Branche mitmischen will, ist die Baugesuch-Applikation Camac: Verschiedene Kantone haben sich zusammengeschlossen, um eine Onlineplattform für digitale Baugesuche zu entwickeln. Ein Verein koordiniert die Weiterentwicklung, Verbesserungen Einzeler werden wiederum allen zur Verfügung gestellt. Das normale Vorgehen bei Open-Source-Projekten (siehe Text links).

Konkurrenz für Private

Doch der grosse Aufschrei in der Privatwirtschaft bleibt aus. Seit sich sogar der ehemalige Bezahlsoftware-König Microsoft zu Open Source bekennt, sind deren Skeptiker leiser geworden. Eine angefragte Geo-Firma schreibt, man sei gegenüber diesem Thema wertfrei. Andere melden sich gar nicht zurück. Der Berner KMU-Verband, der zurzeit eine Kommunikationskampagne gegen zu viel staatliche Einmischung fährt, sieht das Vorgehen des Kantons als unproblematisch. Man sei am Thema interessiert, habe aber dazu keine Verbandsmeinung, heisst es auf Anfrage.

Einzig das Berner IT-Unternehmen Weblaw bleibt kritisch. Die Firma hatte sich 2012 dagegen gewehrt, dass das Bundesgericht eine Software für Urteilpublikationen gratis veröffentlichten durfte. Weblaw-Geschäftsführerin Sarah Montani verweist jedoch auf eine alte Mitteilung, wo sie ihr Geschäft und die Wirtschaftsfreiheit gefährdet sieht.

Der Kanton sieht sich in seinem Vorgehen bestätigt und verweist auf seine eigenen Interessen. «Wir publizieren Software nur als Open Source, wenn es für uns einen klaren Vorteil bringt», sagt Fischer. Da müsse man verschiedene Interessen abwägen. So können laut Fischer in Ausnahmefällen tatsächlich private Angebote konkurrenzieren werden, denn der Kanton könne die Bedürfnisse der privaten IT-Firmen nicht über alles stellen. «Wir sind auch gegenüber unseren Steuerzahlern verpflichtet, für Software nur so viel Geld wie nötig auszugeben», sagt Fischer.

Stürmer von der Universität Bern geht noch einen Schritt weiter: «Staatlich entwickelte Programme sind öffentliche Güter wie Strassen oder Eisenbahnen», sagt Stürmer. Sie sollten allen zugänglich gemacht werden, gerade weil dabei keine Kosten entstünden, das Potenzial, um sie zu gebrauchen, jedoch riesig sei. Dabei kommen laut Stürmer auch private Firmen nicht zu kurz: «Die werden für Unterhaltsarbeiten beauftragt.» Was dabei entstehe, gehöre jedoch allen. Wie bei einem Stück Strasse halt.



Noch sind die Programme, die im Serverraum der Bedag laufen, nicht als Open Source publiziert. Foto: Valérie Chételat

Die Monster sind nur schwierig zu zähmen

Beschaffung Rund 50 Millionen Franken: In diesem Umfang hat der Kanton Bern von 2010 bis 2016 im Schnitt jährlich direkt Aufträge an Informatik-Firmen vergeben, ohne Konkurrenzofferten einzuholen – also freihändig. Dies geht aus Daten auf der Ausschreibungsplattform Simap.ch hervor. Die Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit der Universität Bern hat die Daten der letzten zehn Jahre aufbereitet und auf der Website www.beschaffungsstatistik.ch veröffentlicht. Es ist das erste Mal, dass diese Daten in einer solchen Zusammenstellung verfügbar sind.

Insgesamt belaufen sich die freihändigen Informatik-Ausgaben von 2009 bis Mitte August 2018 auf mehr als 435 Millionen Franken. Das ist ein hoher Betrag – die «Freihänder» des Kantons waren denn auch immer wieder Thema in der Politik und in den Medien, erst gerade Anfang Jahr etwa, als der Kanton einen Auftrag von über 80 Millionen für zwei Jahre an die kantonseigene Bedag AG vergab.

Wenig Alternativen

Wenn man analysiert, wofür das Geld ausgegeben wurde, stellt man fest: Aufgrund früherer Entscheidungen hatte die Verwaltung in fast allen Fällen keine andere Möglichkeit, als den Auftrag ohne Ausschreibung zu vergeben. Neben dem Rechenzentrum, für das der Kan-

ton Aufträge im Wert von ganzen 180 Millionen vergeben hat, tauchen zwei Kürzel bei den Projektbeschreibungen immer wieder auf: Nesko und Persiska. Für diese Programme wurden immer wieder mehrjährige Aufträge in Millionenhöhe vergeben – etwa für «Wartung und Support» oder «Teilersatz» – immer an die kantonseigene Informatikfirma Bedag sowie die Innova AG und die DV Bern AG. Zusammen machen die beiden Programme fast 150 Millionen an freihändigen Aufträgen aus. Der grösste Posten insgesamt ist der Betrieb des kantonalen Netzwerks, welches insgesamt 180 Millionen Franken an Unterhalt und Weiterentwicklung gekostet hat. Hier konnte der Kanton dank einer Neuausschreibung im Frühling 6 Millionen Franken einsparen – obwohl der Auftrag an den bisherigen Anbieter ging.

Was aber sind Nesko und Persiska, diese teuren Software-Pakete? Nesko – das «Neue Steuerkonzept» – ist das zentrale Arbeitsinstrument der Steuerverwaltung. Es sei eine eigens für die bernische Verwaltung entwickelte Software und «präzise auf die Bedürfnisse der Steuerverwaltung» abgestimmt, heisst es bei der Steuerverwaltung. Damit erstellt die Verwaltung etwa die Veranlagungen für die Steuerpflichtigen, ermittelt Gewinn- und Kapitalsteuern für Firmen oder Erbschafts- und Liegenschaftssteuern. Zwischen 40 und 50 Applikationen spielten dabei

zusammen. Wer dieses System warten oder weiterentwickeln wolle, brauche «eingehende Kenntnisse der Anwendungen und deren Anpassung» – Wissen, das eigentlich nur der ursprüngliche Entwickler aufbringen könne, so der Kanton.

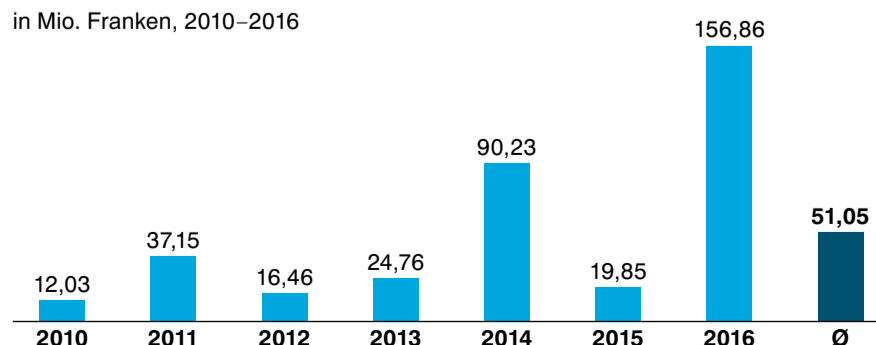
Mit der neuen Informatik-Strategie von 2016 will der Kanton die «Optimierung der kantonalen Informatik» in Angriff nehmen und damit Kosten sparen – nachdem 2014 eine externe Analyse grosses Sparpotenzial festgestellt hatte. Neben der Einführung von mehr Open Source (siehe Haupttext) gehört dazu auch ein «Enterprise Resource Planning»-System (ERP), das helfen soll, Informatik-Anwendungen der verschiedenen Direktionen kompatibel zu machen und damit Kosten zu senken. Unter anderem soll damit bis 2023 die Personalverwaltung Persiska abgelöst werden, später sollen hier andere Bereiche, wie etwa die Logistik, integriert werden.

Obwohl sich der Kanton bemühte, andere Lösungen zu finden, scheint sich bei diesem Megaprojekt allerdings schon die nächste langjährige Abhängigkeit anzubahnen: Mangels valabler Alternativen will man bei diesem System auf Produkte des deutschen Software-Riesen SAP setzen – von Open Source ist hier nicht die Rede.

Christian Zellweger

Freihändige IT-Vergaben des Kantons Bern

in Mio. Franken, 2010–2016



Grafik: mrue/Quelle: Simap.ch, Beschaffungsstatistik.ch, eigene Auswertung

